

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/050(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 25.01.2024	Franckesaal	17:00 Uhr	19:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2023
- 4 Erste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung DS0628/23
- 5 Wiederwahl einer Schiedsperson DS0655/23
- 6 Ergebnis der Ausschreibung von Gesellschafteranteilen an der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH DS0657/23
- 7 Kulturveranstaltungen im Glacis für alle erlebbar machen - Planungen für Kulturschaffende erleichtern! A0172/23

7.1	Kulturveranstaltungen im Glacis für alle erlebbar machen - Planungen für Kulturschaffende erleichtern!	S0606/23
8	Status des Hochwasserschutz in Magdeburg	A0188/23
8.1	Status des Hochwasserschutz in Magdeburg	A0188/23/1
8.2	Status des Hochwasserschutzes in Magdeburg	S0544/23
9	Fahrradabstellanlagen im Glacispark	A0222/23
9.1	Fahrradabstellanlagen im Glacispark	S0530/23
10	Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern	A0239/23
10.1	Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern	S0501/23
11	Ehrung von Professor Menahem Pressler	A0254/23
11.1	Ehrung von Professor Menahem Pressler	S0565/23
12	Leicht lesbare IBAN-Formatierung. DIN 5008 in offiziellen Dokumenten der Landeshauptstadt Magdeburg umsetzen - Information zu A0234/23	I0298/23
13	Verschiedenes	

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hans-Joachim Mewes

Tim Rohne

Carola Schumann

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Armin Minkner

Bernhard Sterz

Geschäftsführung

Britta Becker

Ronny Kumpf (Vertreter für SR Kohl)

Prof.Dr. Alexander Pott (Vertreter für SR Meister)

Abwesend:

Vorsitzende/r

Norman Belas

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Olaf Meister

Sachkundige Einwohner/innen

Frank Stiele

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Schumann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträtinnen und Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung.

Sie teilt mit, dass sie vom Ausschussvorsitzenden gebeten wurde, die heutige Sitzung zu leiten. Die anwesenden Ausschussmitglieder sprechen sich für die Leitung der Sitzung durch Frau Schumann aus.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Über die Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2023

Über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.12.2023 wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

4. Erste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung
Vorlage: DS0628/23

Herr Eve, BOB, bringt die Drucksache ein. Er macht Erläuterungen zu den Änderungen.

Herr Mewes fragt nach, in wie vielen Fällen der Arbeitgeber Verdienstaufschlag zurückfordert.

Herr Eve informiert, dass es im Jahr 2023 5 Stadträte betraf. Es handelte sich um ca. 2.200 EUR.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Wiederwahl einer Schiedsperson
Vorlage: DS0655/23

Herr Keller, Amt 30, bringt die Drucksache ein.

Herr Mewes empfiehlt für die Zukunft, die Schiedspersonen auch bei einer Wiederwahl in den Ausschuss einzuladen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung von Herrn Mewes zu.

Herr Sterz äußert, dass es auf der Seite 4 der Drucksache „persönliche Einverständniserklärungen“ heißt. Hier handelt es sich sicherlich um einen Schreibfehler. Die Buchstaben „en“ müssen entfernt werden.

Herr Keller informiert, dass es sich um einen Schreibfehler handelt. Hier erfolgt eine redaktionelle Änderung.

Herr Prof. Dr. Pott fragt nach, wie oft die Schiedspersonen schlichten müssen.

Herr Keller äußert, dass es schon einige Streitigkeiten gibt, die genaue Anzahl kann er heute nicht sagen.

Frau Schumann schlägt vor, dass die Antworten auf die offenen Fragen der Niederschrift als Anlage beigefügt werden.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Ergebnis der Ausschreibung von Gesellschafteranteilen an der
Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger
Weihnachtsmärkte mbH
Vorlage: DS0657/23

Der Beigeordnete **Krug** bringt die Drucksache ein. Er legt dar, dass bis zum Ende der Bewerbungsfrist drei Bewerbungen eingingen. Alle drei Bewerbungen wurden durch die Bewertungskommission für gut befunden. Dadurch, dass nur drei Bewerbungen, anstatt wie ausgeschrieben vier, eingingen, steigt der Anteil der Stadt auf 62 %.

Es folgt eine lebhafte Diskussion.

Herr Mewes bemängelt die fehlende Unterschrift unter der Begründung und, dass der Wirtschaftsausschuss nicht in die Beratungsfolge einbezogen wurde.

Herr Krug äußert, dass es sich um eine Drucksache handelt. Unter diese steht unter dem Begründungstext keine Unterschrift. Die erforderlichen Unterschriften sind in der Drucksache enthalten.

Herr Mewes fragt anschließend nach, warum der Verein selbständiger Gewerbetreibender Markt- und Messereisender e.V. (VSG) nicht enthalten ist.

Herr Krug informiert darüber, dass es der VSG versäumt hat, sich zu bewerben. Es ist auch im Nachhinein keine Bewerbung durch den Verein nachgereicht worden.

Herr Mewes fragt nach, ob die „Sache“ kartellrechtlich geprüft wurde.

Herr Krug erklärt, dass es eine anwaltliche Prüfung sowie eine Prüfung durch das Rechtsamt gab.

Herr Mewes hält es für wichtig, dass sich der VSG bewirbt und eine weitere Chance dazu erhält.

Herr Zander erklärt, dass er der Drucksache nicht zustimmen kann. Die Gesellschaft hat nach seiner Auffassung kein Stimmrecht mehr und der VSG wird bald gänzlich vom Weihnachtsmarkt verschwunden sein. Er erwartet, dass die Gesamtanteile auf drei Anteile aufgeteilt werden. Er kritisiert im weiteren die lange Laufzeit von 10 Jahren. Ihm fehlt ebenfalls ein Hinweis darauf, wieviel Geld die Gesellschafter investieren. Er hätte gern die Ausschreibung und auch die Bewerberlisten gesehen. Er sieht nicht ein, dass die Stadt hier mehr Geld bezahlt.

Herr Rohne stimmt den Ausführungen von Herrn Krug zur Vergabe zu. Er kann den Ausführungen von Herrn Zander nicht folgen. Hier wird etwas unterstellt, was nicht so passiert ist.

Herr Minkner stimmt der Verwaltung ebenfalls zu. Er sieht keine andere Alternative. Er hätte die Gesamtanteile ebenfalls auf die drei Bewerber aufgeteilt.

Der BG **Krug** legt dar, dass bislang mit allen Gesellschaftern vertrauensvoll zusammengearbeitet wurde und auch so bleiben wird. Der VSG wird nicht vom Weihnachtsmarkt verschwinden. Es wird mit allen Beschickern des Weihnachtsmarktes geredet, nicht nur mit den Gesellschaftern. Der Fachanwalt hat es der Verwaltung eindeutig erläutert, dass der 4. Anteil an die Stadt geht und nicht auf die 3 Gesellschafter aufgeteilt werden kann.

Herr Zander stellt klar, dass er nicht gesagt hat, er lehnt die Drucksache ab, weil der vierte Bewerber nicht dabei ist. Er lehnt die Drucksache ab, weil der 4. Anteil nicht aufgeteilt wird.

Herr Mewes vertritt die Meinung, dass bei vier Anteilen die Gefahr groß ist, dass es oft eine Pattsituation geben wird.

Herr Krug verneint dies, da die Stadt allein 52 % der Anteile hat.

Herr Kumpf äußert, dass ihm bekannt ist, dass Herr Welte im Nachhinein gebeten wurde, ein Angebot abzugeben.

Herr Krug widerspricht dem. Hätte es ein Angebot im Nachhinein gegeben, hätte er den Rechtsanwalt gefragt, ob die Möglichkeit einer nachträglichen Bewerbung besteht.

Herr Prof. Dr. Pott fragt nach, ob der 4. Anteil noch einmal ausgeschrieben werden könnte.

Herr Krug informiert, dass der 4. Anteil aus Offenheitsgründen nicht noch einmal ausgeschrieben werden kann.

Frau Schumann legt dar, dass es gerade die Aufgabe des der KRB-Ausschuss ist, darauf zu achten, dass alles rechtskonform ist. Sie fragt nach, ob die drei Bewerber im Falle einer Ablehnung der Drucksache die Möglichkeit hätte, dagegen zu klagen.

Herr Krug äußert, dass es hierzu einer rechtlichen Prüfung bedarf.

Herr Mewes möchte nicht, dass die Drucksache abgelehnt wird, da die Bewerber eine Planungssicherheit benötigen. Er schlägt vor, dass der Ausschuss einen Ergänzungsantrag stellt, den vierten Anteil neu auszuschreiben.

Herr Krug äußert, dass der Stadtrat die Drucksache endgültig beschließt, nicht der Ausschuss.

Herr Zander äußert, dass es richtig ist, dass der Stadtrat die Drucksache beschließt, aber die Verwaltung kann die Drucksache zurückziehen.

Sollte ein Ausschuss eine Vergabe ablehnen, auch wenn die Vergabe ordnungsgemäß verlaufen ist, so **Herr Rohne**, kann der Klageweg beschritten werden.

Herr Krug bittet die Ausschussmitglieder nochmals darum, der Drucksache zuzustimmen. Der Stadtrat könnte einen Prüfauftrag stellen, ob die Anteile neu ausgeschrieben werden können. Dann erfolgt eine Prüfung durch das Rechtsamt sowie des Anwaltes der Weihnachtsmarkt GmbH. Wenn die Prüfung ein „Ja“ ergibt, erfolgt selbstverständlich eine neue Ausschreibung. Wenn die Prüfung „Nein“ sagt, dann nicht.

Herr Kumpf fragt nach, ob es schon einmal der Fall war, das Geld ausgeschüttet oder eingezahlt wurde.

Herr Krug will dies prüfen lassen und reicht die Antwort nach.

Herr Kumpf spricht sich dafür aus, dass der Ausschuss einen solchen Prüfauftrag stellt.

Herr Mewes nimmt noch einmal Bezug auf seine anfängliche Kritik. Er ist mit der Dauer von 10 Jahren nicht einverstanden.

Herr Krug erläutert, dass die 10 Jahre bereits durch den Stadtrat beschlossen worden. Der VSG wird trotzdem am Weihnachtsmarkt teilnehmen. Es gehen auch keine Arbeitsplätze verloren, wie Herr Mewes befürchtet.

Herr Mewes stellt den Geschäftsordnungsantrag, die 12 Anteile nochmals auszuschreiben.

Herr Zander kritisiert, dass sich der Ausschuss jetzt mit Dingen befasst, die hier nicht hingehören. Jetzt steht hier ein Antrag im Raum, der eigentlich unerheblich ist. Beschließen tut schließlich der Stadtrat. Er spricht sich gegen den Antrag des Ausschusses aus.

Herr Prof. Dr. Pott schlägt vor, einen Prüfauftrag und keinen Änderungsantrag zur Drucksache zu stellen.

Diesem Vorschlag schließt sich **Frau Schumann** an.

Herr Rohne äußert, dass ein Änderungsantrag zu einer Vergabe nicht gestellt werden kann. Der Ausschuss gesondert kann doch keine Anträge stellen.

Hierüber entwickelt sich eine lebhafte Diskussion.

In dieser legt **Herr Krug** dar, dass der Ausschuss schon einen Änderungsantrag zu einer Drucksache stellen kann, jedoch keinen eigenen Antrag. Es sollte heute über die Drucksache abgestimmt werden. Danach kann der Prüfauftrag durch eine Fraktion oder einem Stadtrat gestellt werden.

Frau Schumann stellt fest, dass ein Ausschuss natürlich einen eigenen Antrag stellen kann und führt hierzu den Kulturausschuss als Beispiel an. Dies verneinen Herr Rohne und der Beigeordnete.

Herr Kumpf versteht nicht, warum es nicht gehen sollte, zur jetzigen Drucksache einen Prüfauftrag zu stellen.

Herr Prof. Dr. Pott äußert, dass es möglich ist, dass der KRB-Ausschuss einen gesonderten Prüfauftrag stellt, der dann in den Stadtrat kommt.

Herr Keller legt dar, dass auch ein Antrag gestellt werden kann, der dann vom Stadtrat beschlossen werden muss, auch wenn er rechtswidrig ist.

Folgender Antrag steht nun zur Abstimmung:

Die Oberbürgermeisterin prüft, ob der 4. Anteil, der bisher an die Landeshauptstadt übertragen wurde, nochmals ausgeschrieben werden kann.

Abstimmungsergebnis zum Prüfauftrag:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zur Drucksache:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Herr Mewes gibt eine persönliche Erklärung ab. Er möchte die Frage der 10 Jahre geklärt haben. Weiterhin fragt er nochmals nach, warum der Wirtschaftsausschuss hier nicht beteiligt wurde.

Herr Krug informiert, dass sich die Verwaltung bei der Beteiligung der Ausschüsse an der letzten Drucksache orientiert hat.

Frau Schumann legt dar, dass die Frage der 10 Jahre geklärt ist. Herr Krug hat bereits erläutert, dass es hierzu eine gesonderte Drucksache gibt, die durch den Stadtrat bereits beschlossen wurde.

7. Kulturveranstaltungen im Glacis für alle erlebbar machen -
Planungen für Kulturschaffende erleichtern!
Vorlage: A0172/23
-

Herr Mewes bringt den Antrag ein.

Frau Plickat, Amt 61, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung wird die Hauptakteure einladen, um den Bedarf zu ermitteln.

Frau Schumann fragt nach, warum das nicht im Vorfeld geschehen ist.

Herr Mewes hält eine Bedarfsermittlung für gut. Der Antrag sollte beschlossen werden und in die Haushaltsdiskussionen der nächsten Jahre mit einbezogen werden.

Herr Rohne fragt nach, was dort noch so alles stattfinden soll.

Frau Plickat erklärt, dass hier das Kulturbüro zuarbeiten muss.

Herr Zander ist der Meinung, dass erst die Stadtteilplätze mit Strom und Wasser versorgt werden sollten. Die Sache sollte zurückgestellt werden. Er braucht Zahlen, was die Kosten anbelangt.

Frau Schumann möchte wissen, was ein Muster-Rahmennutzungsplan ist und ob es dafür bereits eine Vorlage gibt.

Frau Plickat informiert, dass es sich hier um die Basics wie Wasser, Strom, Abwasser, etc. handelt. Es ist eher ein technischer Medienplan.

Herr Rohne vertritt die Auffassung, dass hier selbstverständlich ein Planungsbüro beauftragt werden muss. Hier werden erhebliche Kosten anfallen. Er sieht den Antrag für nicht vorrangig.

Herr Kumpf spricht sich für die Ablehnung des Antrages aus. Es gibt wichtigere Plätze.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

- 7.1. Kulturveranstaltungen im Glacis für alle erlebbar machen -
Planungen für Kulturschaffende erleichtern!
Vorlage: S0606/23
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Status des Hochwasserschutzes in Magdeburg
Vorlage: A0188/23
-

Herr Rocke, Amt 68, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Herr Kumpf bringt den Änderungsantrag ein.

Herr Zander äußert, dass in der Stellungnahme alles enthalten ist, was der Antrag will.

Herr Mewes fragt nach, warum keine Risikoabschätzung gefordert werden sollte.

Herr Rocke informiert darüber, dass eine Risikoabschätzung durch den Katastrophenschutzstab des Amtes 37 ja bereits erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen

8.1. Status des Hochwasserschutz in Magdeburg
Vorlage: A0188/23/1

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

8.2. Status des Hochwasserschutzes in Magdeburg
Vorlage: S0544/23

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Fahrradabstellanlagen im Glacispark
Vorlage: A0222/23

Herr Prof. Dr. Pott bringt den Antrag ein und bittet um Zustimmung.

Herr Rocke bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er zeigt ein Foto zur Örtlichkeit.

Das Foto wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

9.1. Fahrradabstellanlagen im Glacispark
Vorlage: S0530/23

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
Vorlage: A0239/23
-

Herr Rohne bringt den Antrag ein und geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte. Er bittet um Zustimmung zu allen drei Punkten.

Herr Krug bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er informiert außerdem darüber, dass Herr Stadtrat Rupsch in einem anderen Ausschuss einen Änderungsantrag hierzu gestellt hat. Der Änderungsantrag liegt jedoch den Mitgliedern des Ausschusses nicht vor und ist auch im Ratsinformationssystem nicht einsehbar.

Herr Zander stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zurückzustellen, bis der Änderungsantrag vorliegt.

Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

- 10.1. Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
Vorlage: S0501/23
-

Zurückgestellt!

11. Ehrung von Professor Menahem Pressler
Vorlage: A0254/23
-

Herr Prof. Dr. Pott bringt den Antrag ein. Er hat vor ca. 1 Stunde erfahren, dass Herr Pressler bereits auf der Liste steht. Er bittet trotzdem um Abstimmung, wird aber den Sachverhalt noch einmal in seiner Fraktion besprechen und stellt ein Zurückziehen des Antrag in Aussicht.

Frau Schumann freut sich, dass zwei Fraktionen den Pianisten und Ehrenbürger der Stadt Prof. Menahem Pressler auf diese Art und Weise würdigen wollen. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Herr Pressler bereits am 01.11.2023 auf Antrag der FDP/TSP auf die Liste der AG Straßennamen gesetzt worden war und zwar vor der Einbringung des Antrages durch die Fraktion Grüne/Future in den Stadtrat.

Herr Hesse, FB 62, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung kann keine Zeitschiene benennen. Es gibt eine große Anzahl von Vorschlägen. Einige davon stehen schon seit 10 Jahren auf der Liste. Hier sollte eine Anlage in einem Wohngebiet benannt werden. Steht eine solche Benennung an, wird Herr Pressler berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

11.1. Ehrung von Professor Menahem Pressler
Vorlage: S0565/23

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Leicht lesbare IBAN-Formatierung. DIN 5008 in offiziellen
Dokumenten der Landeshauptstadt Magdeburg umsetzen -
Information zu A0234/23
Vorlage: I0298/23

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Verschiedenes

1.Nutzung von Räumlichkeiten der Landeshauptstadt Magdeburg für parteipolitische
Veranstaltungen

Herr Keller informiert, dass es die Verfügung von Herrn Dr. Polte von 1999 geändert von Herrn Dr. Trümper im Jahr 2006 gibt. Die Festlegung des Oberbürgermeisters ist eine zusätzliche Regelung der Nutzungspraxis. Die beschlossenen Benutzungsordnungen widersprechen nicht der OB-Verfügung.

Herr Mewes erläutert nochmals die Ausgangssituation. Er war über das Ergebnis schon etwas vorinformiert. Er fragt nach, wer das Hausrecht für diese Räumlichkeiten hat.

Herr Keller äußert, dass der Hauseigentümer das Hausrecht hat. Das Hausrecht hat wenig mit dem Widmungsrecht zu tun.

Herr Kumpf legt dar, dass bei den Benutzungsordnungen durch den Stadtrat beschlossen wurde, dass parteipolitische Veranstaltungen in den Räumlichkeiten durchgeführt werden dürfen. Natürlich nicht zu Wahlkampfzeiten. Wie sind hier die Fristen?

Herr Rohne erklärt, dass es sich hier um eine Frist von 6- 8 Wochen handelt.

Herr Prof. Dr. Pott regt an, die gemachten Aussagen in einer Informationsvorlage zusammen zu stellen.

Herr Zander fragt nach, wer das eigentlich kontrolliert. Er wird seine Frage an die Verwaltung schriftlich verfassen.

Herr Kumpf bittet darum, die Verfügung aus dem Jahr 2006 sowie die von Herrn Keller gemachten Ausführungen als Anlage zur Niederschrift beizufügen.

2. **Herr Mewes** fragt nach dem Stand des Umzuges der Ausländerbehörde.

Herr Krug informiert, dass die Verwaltung voll im Zeitplan ist. Die Etagen 1 und 2 haben am 15.01.2024 ihren Betrieb aufgenommen. Die Etagen 3-5 werden ihren Betrieb Mitte des Jahres aufnehmen. Der Abschluss des Umzuges ist für August/September 2024 vorgesehen.

Herr Zander fragt nach, warum er eine Information zur Neuen Neustadt aus der Presse entnehmen musste.

Herr Krug informiert darüber, dass die Informationsvorlage I0321/23 am 23.01.2024 in der OB-Dienstberatung behandelt wurde.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Carola Schumann
Leiterin der Sitzung

gez. Britta Becker
Schriftführerin